

SCHRIFTENREIHE DENKANSTÖßE

Wem gehört die Demokratie?

Wolfgang Neškovic

Zusammenfassung

Die Demokratie ist in der Theorie ein System, das Interessenausgleich und Selbstregulierung hervorbringt. In der Praxis jedoch macht die deutsche Volksherrschaft wenige reich, viele arm und lernt wenig aus ihren politischen Fehlern. In seinem Beitrag untersucht Wolfgang Neškovic den Zusammenhang zwischen dem Versagen demokratischer Institutionen und der Krisenanfälligkeit des ökonomischen Systems.

Wolfgang Neškovic ist Vorstandsmitglied des Instituts Solidarische Moderne und parteiloser Bundestagsabgeordneter. Der ehemalige Bundesrichter ist stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses, Justiziar und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke.

Kontakt: wolfgang.neskovic@bundestag.de; www.wolfgang-neskovic.de

Die *Denkanstöße* sind eine regelmäßig erscheinende Publikation des Instituts Solidarische Moderne. Die veröffentlichten Texte stellen nicht zwangsläufig die Position des Instituts dar, sondern sind als Diskussionsgrundlage gedacht.

Textvorschläge für die Schriftenreihe *Denkanstöße* können per E-Mail geschickt werden an: publikation@solidarische-moderne.de. Über die Veröffentlichung eingesendeter Beiträge entscheidet ein Auswahlgremium des Instituts.

Das Institut Solidarische Moderne e.V., 2010 mit Sitz in Berlin gegründet, ist Programmwerkstatt und demokratischer Kulturverein mit einer Doppelfunktion: Im engen Dialog von politischer Praxis und konstruktiver Wissenschaft erarbeitet das ISM mit seinen 1.500 Mitglieder Entwürfe zu ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Fragen einer demokratischen Gesellschaftsreform. Es unterstützt gesellschaftliche Kräfte bei der Entwicklung eines emanzipatorischen Reformprojekts und es bemüht sich um die Realisierung einer entsprechenden Machtoption.

www.solidarische-moderne.de | info@solidarische-moderne.de

Wem gehört die Demokratie?

Am 15. Juni 2010 besuchten die Professoren Heiner Flassbeck und Rudolf Hickel die Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Wie milde Wanderprediger kündigten sie den anwesenden Abgeordneten den Untergang des Abendlandes an. Im akademischen Diskurs lieferten sie sich in der Vergangenheit stets spannende Gefechte. Nun aber ergänzten sich ihre Analysen in seltener Eintracht. Ihre gemeinsame Botschaft: Noch etwa ein Jahr würde es dauern, bis die westliche Wirtschaft zusammen brechen und die politische Ordnung, die Demokratie, ernsthaft gefährdet sei. In ihrem Szenario trifft etwa im Sommer 2011 eine zweite Krisenwelle aus kollabierender Finanz- und schwächelnder Realwirtschaft auf hochverschuldeten Staaten, denen zur Neuauflage ihrer Rettungspakete die Kraft fehlen wird. Das Unvorstellbare, wird vorstellbar, - ganz einfach, weil es geschieht: Die Eurozone bricht auseinander. Absatzschwierigkeiten führen zu Massenentlassungen. Der schnelle Schwund der Kaufkraft lädiert die Produktion weiter. Inflation und Deflation treten gegeneinander im globalen Wettlauf an. Der Weltmarkt schrumpft schnell und stark. Weil jeder sich selber retten will, reißen alle jeden in den Untergang. Der Deutsche Michel aber sucht im Rückblick seinen Schuldigen: die Demokratie. Populisten propagieren den Rückzug auf den deutschen Wirtschaftsraum. Eine Regierung der nationalen Einheit tritt sozialen Unruhen mit Härte entgegen. Notverordnungen ersetzen den Gesetzgebungsprozess. Politischer Widerstand wird unterdrückt. Nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft folgt der Zusammenbruch der Demokratie.

Nicht die Zwangsläufigkeit des Szenarios erschrickt. Nichts ist zwangsläufig. Für einen lehrreichen Schrecken aber reicht bereits die Möglichkeit, das Befürchtete kann eintreten. Vor fast neunzig Jahren warnte der Politologe Herman Heller vor einem ganz ähnlichen Szenario. Heller mahnte die liberale Demokratie, ihre sozialen Pflichten nicht länger zu versäumen. Der freiheitliche Rechtsstaat sei zum Scheitern verurteilt, wenn seine wirtschaftlichen Segnungen nicht die breiten Volksmassen erreichen. Hellers Analysen stießen auf taube Ohren. Weimar ging unter. Die ungelöste soziale Frage wurde zum Steigbügelhalter der Faschisten. Aus Asche, Blut und Schuld erstand die bundesrepublikanische Demokratie neu: als sozialer Rechtsstaat.

Die Wirtschaftskrise des neuen Jahrtausends bedroht den Wohlstand und den sozialen Frieden der breiten Massen. Das Szenario der Professoren Flassbeck und Hickel gründet

sich auf eine einfache Annahme: Wenn die Finanzpolitik der verschenkten Milliarden versagen sollte, dann wird man dieses Versagen denen ankreiden, die es scheinbar hervorgebracht haben: den demokratischen Institutionen. Nicht die Fehlschlüsse der demokratischen Bankenretter wird man für ursächlich nehmen, sondern die Demokratie für einen Fehlschluss halten. Ihre Akteure haben schließlich die Banken mit dem Geld der Steuerzahler gerettet, nicht aber die Steuerzahler vor der Gier der Banken. Anstatt dem Finanzmarkt Regeln zu geben, gab man ihm Geld. Statt dem Missverhältnis von Kapitalertrag und Lohnarmut entgegenzutreten, ließ man die Finanzwirtschaft aus nutzlosem Kapital neue Spekulationsblasen pusten. Wenn dann trotz Milliarden Geschenke der versprochene Aufschwung ausbleibt und die Spekulationsblasen platzen, wird das Urteil der Volksmassen einfach, hart und unklug sein.

Im Herbst 2010 ist Demokratie noch recht lebendig. Aber sie ist seit langer Zeit krank. Ihr Leiden macht sie wehrlos gegen die Okkupationen einer gierigen Finanzwirtschaft. Es macht sie empfänglich für die Einflüsterungen von Lobbyisten und taub für den uneigennütigen Rat von Experten. Es macht sie hartherzig gegenüber den sozial Bedürftigen und ungerecht gegenüber den Interessen der Arbeitnehmer. Die Demokratie hat ein schweres seelisches Leiden. Sie gehört sich nicht selbst. Sie verliert sich. Sie gehört nicht denen, denen sie dienen soll, dem Demos. Wem also gehört die Demokratie?

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollten es wissen. Sie sind die Repräsentanten im Herz der Demokratie. Am 17. Oktober 2008 verabschiedeten sie das erste Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarktes. Ihre Milliardenspritzen an die Geldinstitute rissen ein tiefes Loch in den Haushalt des Staates. 480 Milliarden Euro lastete die Demokratie dem Steuerzahler auf. Nur rund 70 Milliarden Euro Konjunkturlösungen stellt sie am 5. November 2008 und am 14. Januar 2009 für die Förderung von Beschäftigung und Konsum zur Verfügung. Die Herrschaft des Volkes gab einigen Wenigen den Löwenanteil der Staatskasse und den Vielen, die sie füllen, nur ein Taschengeld. Mit diesem Taschengeld sollten die Bürger Waren und Dienstleistungen kaufen, um die Realwirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Doch über dieser taschengeldgestützten Realwirtschaft erholt sich bei 500 Milliarden eine gefährliche Finanzwirtschaft, der die Demokratie immer noch keine wirksamen Regeln auferlegen wollte. Das Volk weiß: Wer sein Auto betrunken an einen Baum setzt und überlebt, dem wird die Fahrerlaubnis entzogen. Die Zocker am Markt waren von ihrer Gier besoffen, als sie mit ständig überhöhter Geschwindigkeit durch die Risikobereiche ihrer Geschäfte rasten und verunfallten. Die

Politik hat sie aus dem Nahtod gerettet, ihnen den Führerschein belassen und obendrein ein neues Auto geschenkt. Diese Politik ist nicht vermittelbar. Der Demos wird sie hinnehmen, solange sie ihm nicht schadet. Doch ihre Schädlichkeit liegt darin, dass sie in der Zeit der Gefahr keinen Nutzen stiftet. Ein weitgehend unregulierter Finanzmarkt wird reale Wirtschaft, reale Löhne und reale Menschen immer wieder bedrohen. Das liegt an der Irrealität des Finanzmarktes. Er muss die Realität der stagnierenden Märkte umgehen, wenn er in schlechten wirtschaftlichen Zeiten Gewinne verteilen will. Seine absurden Wetten auf Morgen und Übermorgen haben mit der mangelnden Lukrativität des Heute zu tun.

Wirtschaftlich schlecht sind die Zeiten nicht erst seit heute. Denn die Realwirtschaft wächst seit längerem zu langsam. Die Gründe sind eigentlich denkbar einfach. Wer reale Waren und Dienstleistungen produziert, muss reale Käufer mit realer Kaufkraft finden. Die Taschen der Verbraucher aber sind ausgeschöpft oder ihr Inhalt verplant und verspart. Die Konsumenten haben fast überall in der westlichen Welt seit den neunziger Jahren eine schwache Lohnentwicklung oder sogar Reallohnverluste hinnehmen müssen. Die Sozialpolitik ihrer Demokratien tat ein übriges. Wer für seine soziale Sicherheit auf sich selbst geworfen ist oder im Stich gelassen wird, konsumiert weniger oder nur gleichbleibend.

Damit gehen die Unternehmen durchaus um. Es hilft nur nicht. Eine stagnierende Kaufkraft lässt sich mit aufwendiger Werbung von anderen auf sich lenken. Das bringt aber kein breites Wachstum. Ein Unternehmen kann stagnierender Kaufkraft begegnen, indem es gegenüber dem Konkurrenten preiswerter produziert. Preiswerter produzieren bedeutet, Lohnkosten einzusparen. Maschinenarbeit spart Lohnkosten. Der Gang eines Produktionsstandortes in ein Billiglohnland tut das ebenso. Doch mittelfristig verbessern Maschinenarbeit und Lohnflucht nur die realwirtschaftliche Lage eines einzelnen Unternehmens. Je mehr Unternehmen global so handeln (müssen), umso drastischer ist wiederum der Kaufkraftschwund. Geringbezahlte und Entlassene konsumieren nicht gerne und nicht ausreichend. Die Kaufkraft sinkt relativ. Die Produktion dümpelt global. Sie dümpelt langfristig sogar bei modernsten Produktionsmethoden und niedrigsten Löhnen. Denn diese betriebswirtschaftliche Segen sind volkswirtschaftliche Flüche. Kühlschränke kaufen keine Kühlschränke.

Bis in die späten achtziger Jahre haben die westlichen Demokratien das Dümpeln der Realwirtschaft im Griff gehabt. Eine halbwegs gerechte Steuerpolitik schöpfte Kapitalge-

winne ab und förderte den Konsum durch soziale Umverteilung oder staatliche Ausgaben. Selbstbewusste Gewerkschaften sorgten für kräftige Lohnsteigerungen. Das Prinzip war: Menschen produzierten Kühlschränke und kauften sie auch. Als aber die Produktion digitalisierte und globalisierte, versagten die westlichen Demokratien an der Aufgabe, für diese veränderten wirtschaftlichen Bedingungen den passenden politischen Rahmen zu setzen. Anstatt zu mehr Umverteilung und zu einer internationalen Sozial- und Wirtschaftspolitik zu finden, wetteiferten die Heimatländer der Industrialisierung um die besten Rahmenbedingungen für Ausbeutung. Die Standortfrage schien wichtiger als die Lösung der globalen Herausforderung. Die Steuerlasten für Unternehmen, Reiche und Wohlhabende sanken. Die sozialen Ausgaben gingen drastisch zurück. Die Staaten schrumpften ihren natürlichen zweiten Arbeitsmarkt, indem sie ihre Verwaltungen verschlankten oder privatisierten. Die Schere zwischen Arm und Reich ging immer schneller auseinander. Den immensen Kapitalgewinnen einiger Weniger stand der Reallohnverlust oder schon das soziale Elend der breiten Bevölkerung gegenüber. Die westlichen Demokratien beförderten schließlich einen weitgehend unregulierten libertären Markt der Kapitalflüsse.

Kapital fließt immer. Es muss fließen. Es fließt, weil es versickert, wenn es ruht. Kapital muss investiert werden, um zu leben und zu wachsen. Doch in eine dümpelnde Realwirtschaft mag Niemand Kapital investieren. Wenn das reale Wachstum stagniert, dann ist auch der reale Nutzen der Finanzwirtschaft gefährdet. Ihr Nützlichkeitswert ist ihre Fähigkeit, Kapital von dort abzuschöpfen, wo es derzeit keiner Reinvestition zugeführt werden kann und dorthin zu leiten, wo es sich im Ausbau und der Entwicklung realer Produktion vermehren kann. Wenn aber überall Kapital anfällt und nirgendwo Durst herrscht, dann muss es doch irgendwie fließen, obwohl überall Hochwasser herrscht. Dann türmt es sich in Etagen aus Wetten und Wetten auf Wetten. Dann schichtet es sich in aberwitzigen Verknüpfungen um den Globus. Dann wird es zu Krediten für Menschen, die nie genug verdienen werden, um sie zu bedienen. Dann wird es zu Anleihen auf wirtschaftliche Expansionen, die nie stattfinden werden. Dann wird es zur finanziellen Beteiligung an der finanziellen Beteiligung an nutzlosen Kapitalflüssen. Bis die große Wasserhose in sich zusammenbricht und alle mitreißt. Das nennt man dann eine Finanzkrise.

Die Demokratie ist eigentlich ein selbstregulierendes System. Macht sie Fehler, kann sie diese erkennen und diskutieren, aus ihnen lernen. Die Erfahrungen aus der weltweiten Finanzkrise waren wertvoll. Sie offenbarten, dass die Standortfrage viel weniger wichtiger

war, als die globale Frage. Sie zeigten der Demokratie, dass das Wettrennen um den nationalen Vorteil in einer globalen Wirtschaft Unfug ist. Wer einen stabilen Finanzmarkt, starke Kaufkraft und wirtschaftliches Wachstum daheim will, muss in allen diesen Bereichen schrittweise zu internationalen Regeln gelangen.

Doch die deutsche Demokratie hat die Krise nicht als Chance begriffen. Denn sie kennt sich selbst nicht. Sie weiß nicht, was sie tut. Als die Krise 2008 die deutsche Politik überraschte, da traf sie auf Entscheider, die kaum unvorbereiteter sein konnten. Die meisten Abgeordneten, die dem Rettungspaket und den Konjunkturpaketen ihre Stimme gaben, hatten die Gesetzesvorlagen nicht einmal gelesen. Sie mussten ihre Entscheidungen auf der Grundlage des Feuerwehrtheorems treffen. Sie mussten löschen, weil es brennt und konnten nicht fragen warum. Sie mussten die Frage außer Acht lassen, ob sie mit geringen Konjunkturlösungen und hohen Stabilisierungssummen ohne echte Bedingungen für die Finanzwirtschaft nicht eigentlich mit Benzin löschten. Sie mussten verkennen, dass sie nur die Wasserhose aus nutzlosem Kapital wieder aufrichteten, ohne für ausreichenden Durst in der Produktion zu sorgen. Sie mussten einfach glauben, dass sie das Richtige taten. Doch warum mussten sie eigentlich? Wieso konnten sie nicht beraten und bedenken, was sie zu verantworten hatten? Weil die Demokratie krank ist. In ihrem Herzen verkämpfen sich die Abgeordneten bereits an jedem gewöhnlichen Sitzungstag bei dem Versuch, der Flut an minder bedeutsamen ministeriellen Gesetzesvorlagen Herr zu werden. Viele tausend kluge Köpfe tüfteln und schrauben jeden Arbeitstag in den Häusern der Bundesregierung an der zu beschließenden politischen Wirklichkeit. Die Mitglieder des Bundestages setzen sie nur um. In ihren kleinen Büros mühen sich drei oder vier Mitarbeiter völlig umsonst dabei, Welten aus Papier in verständliche Entscheidungsvorlagen im Din A4-Format zu verwandeln. Ein Abgeordnetenbüro, das nie isst, nie schläft, nur liest oder schreibt, wäre auf diesem Wege dennoch außerstande, der Komplexität der zu beurteilenden Probleme gerecht zu werden. In den für die Facharbeit bestimmten Ausschusssitzungen entscheidet selten einmal das Argument. Meist ist es der Besitz der Mehrheit, der zum Argument wird. Schnell muss es gehen. Die Tagesordnung ist voll, nach der Finanzkrise steht noch die Neuregelung der Untersuchungshaft oder die Förderung der Solarenergie an. Die Macht der Abläufe erstickt jede fruchtbare Diskurs. Der simpelste Ablauf lautet: Mitglieder der Regierungsfaktionen nehmen Regierungsvorlagen an, Oppositionsabgeordnete lehnen sie ab oder enthalten sich. Wer sich dagegen wehrt, macht sich unbeliebt in den eigenen Reihen. Man erinnert ihn daran, dass er sein Mandat selten sich selbst und meist der ihn aufstellenden Partei zu

verdanken hat. Die Treue zu den Parteien ist die Disziplin der Fraktionen. Die selbstgemachte Politik der Abgeordneten reduziert sich oft genug auf den Versuch, im Strom der Ereignisse als Person erkennbar zu bleiben. Eine wenig kluge Provokation lohnt dazu mehr, als ein reflektierter politischer Vorschlag.

Der Deutsche Bundestag ist ein System, das diskursive Demokratie verhindert. Seine Entscheidungen sind demokratisch legitimiert, aber inhaltlich legislativ. Der Deutsche Bundestag ist ein Haus, durch das die Regierung muss, wenn sie ihre Politik umsetzen will. Jeder Abgeordnete weiß das. Die Meisten aber wissen auch, dass es unschicklich ist, dies zu sagen. Sie wollen nicht öffentlich verlautbaren, dass die Demokratie bei ihnen nur kurz vorbeischaute, wenn sie aus den Ministerien auf dem Weg in die Wirklichkeit ist. Doch auch der Regierung gehört die Demokratie nicht mehr. Das sieht nur so aus.

Am 7. Mai 2010 gab der Deutsche Bundestag seinen unreflektierten Segen für das "Griechenland-Rettungspaket" der Bundesregierung. Die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise gefährdete nun erstmals die Stabilität eines Euro-Landes und damit die europäischen Binnenwährung. Ca. 22 Milliarden wird die deutsche Demokratie voraussichtlich bis 2012 ausgeben. Für die wenigen Abgeordneten, die sich der Grundgesetz- und Europarechtswidrigkeit dieses Vorhabens bewusst waren, lancierte man einen Entschließungsantrag, mit dem man den absoluten Ausnahmecharakter des Rechtsbruches betonte. Drei Nächte später beschloss der Rat der Europäischen Union, die länderübergreifenden Hilfen zu einem dauerhaften Mechanismus zu machen. Das sogenannte Schutzpaket für den Euro kostet den Steuerzahler 148 Milliarden. Es schoss durch das Herz der Demokratie in einer halben Woche vom 19. bis zum 21. Mai. Was die Bundesregierung und ihr Bundestag da beschlossen, war die weitere, erhebliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Demokratie.

Denn kein Europäer wählt den Rat der Europäischen Union. Auch das Europäische Parlament tut das nicht. Der Rat ist ein Exekutivorgan, in dem die Regierungschefs und Fachminister der Mitgliedsstaaten Platz nehmen. Seine Befugnisse leiten sich daher aus den europäischen Verträgen ab. Diese Verträge finden ihre demokratische Legitimation in den Zustimmungen der gewählten Volksvertreter der Mitgliedstaaten. Jeder von ihnen ist nach den Verträgen verpflichtet, für die Stabilität seines eigenen Staatshaushaltes zu sorgen. Der Rat der Europäischen Union brach daher europäisches Recht, als er die Bundesregierung ermunterte, deutsches Verfassungsrecht durch den Bundestag brechen zu lassen. Die verletzte Norm ist eine Kernvorschrift der Deutschen Verfassung: Art. 38

Absatz 1 GG. Sie garantiert jedem das subjektive Recht auf Demokratie. Sie erinnert daran, wem die Demokratie gehören sollte.

Die Europäischen Staaten versäumen seit Jahren die politische Chance, zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialordnung zu gelangen. Sie überließen Europa dem Spieltrieb der Märkte und die Arbeitnehmer der Arroganz der Gewinninteressen.

Für ein Europa der sozialen Verantwortung und der wirtschaftlichen Vernunft haben die Mitgliedstaaten ihre Wählerinnen und Wähler nie um deren Votum gebeten. Kein Wunder, dass sich die Europäer sozial zuhause am Wohlsten fühlen. Nun wurde das raue Europa der Marktfreiheit vom Markt überrannt und seine Regierungschefs brachen das Recht des freien Marktes. Sie retteten damit nicht die Griechen. Der durchschnittliche Grieche lebt sein Leben unverändert bei geringem Einkommen oder niedriger Rente mit wenig Kaufkraft. Auch ihm gehört die Demokratie nicht, obwohl er sie erfunden hat. Was die Pakete retteten, sind wieder nur die Banken, die in unverantwortlicher Weise in mediterrane Staatspapiere investiert und damit zur Verschuldung dieser Staaten maßgeblich beigetragen haben. Wem gehört die Demokratie?

Anfang Juni 2010 berichtete die Bundesregierung dem Parlament erstmals über den Plan zur Rettung der deutschen Staatsfinanzen. Das "Sparpaket" ist anders als alle anderen Rettungspakete zuvor. Es soll erstmals nicht die Banken, sondern den hilfreichen Staat vor dem Kollaps retten. Dem Prinzip nach ist es ein Plan zur Rettung der Demokratie. Denn wenn der Staat es nicht vollbringt, die tiefen Löcher zu stopfen, die er in seine eigene Handlungsfähigkeit riss, wird er nicht ohne großen Bruch weiter existieren können. Das Paket schönt Zahlen. Es kommt viel zu spät. Es ist das Ergebnis einer mühsamen Einigung in einer zerstrittenen Koalition. Nur in einem Punkt ist es sehr konsequent. Die Banken geben diesmal nur ein Taschengeld. Retten soll die Demokratie der Demos. Sollen sich doch die Eigentümer mit ihrem bankrotten System herumschlagen. Ihre Energiepreise werden steigen, ihre Heizkostenzuschüsse sinken. Das Elterngeld wird teilweise gestrichen. Beitragsübernahmen für die Rentenversicherungen werden begrenzt. Die Bundeswehr soll sparen. Die Bundesanstalt für Arbeit auch. Sie erhält mehr Ermessen für weniger Geld. Das Gefummel am Staatshaushalt ist nicht nur unsozial. Es ist auch ökonomisch falsch. Es läuft auf eine weitere Schwächung der Kaufkraft hinaus.

Der Demokratie ist bislang nichts zu ihrer Rettung eingefallen. Sie lässt den Finanzsektor ungestört Blasen bauen. Sie schöpft nicht einmal zu ihrer eigenen Sanierung überflüssiges Kapital durch Steuern ab. Sie will den Standort Deutschland nicht schwächen. Sie hat es nicht vermocht, zu entscheidenden internationalen Absprachen zu gelangen, um Kapitalreichtum und Lohneinkommen an möglichst vielen Standorten in ein sinnvolles Verhältnis zu bringen. Sie hat keine Begrenzung globaler Spekulationen erreicht. Sie unternimmt nichts gegen die üppigen Bonuszahlungen, die „gerettete Banken“ wie die HRE bereits wieder ausschütten. Sie senkt soziale Ausgaben weiter. Sie öffnet die Schere zwischen Arm und Reich noch mehr. Sie hofft auf einen Aufschwung. Was geschieht, wenn der ausbleiben muss, weil seine Voraussetzungen fehlen? Denn nur eine gesunde Demokratie könnte für die notwendigen Voraussetzungen sorgen. Sie müsste politisch mutig den Mehrheitswillen gestalten, statt Partikularinteressen zu bedienen. Die Mehrheit der Menschen lebt von Lohnarbeit, mittelständischer Arbeit oder sozialen Leistungen. Sie wünschen sich von der Politik, dass sie durch gerecht entlohnte Leistungen ihr Leben frei und selbstbestimmt entfalten können. Sie interessieren sich für Banken nur insoweit, als auf sie Verlass sein muss. Sie finden, dass jemand für Ordnung sorgen muss, wenn die Demokratie dauerhaft nicht funktioniert.

Der Vortrag der Professoren Flassbeck und Hickel hinterließ die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in bedrückter Stimmung. Sie fragten Professor Flassbeck, wie er so sicher sein kann. "Es kann doch nicht sein, dass alle anderen Experten irren." Flassbeck irritierte das nicht. Er ist sich sicher. Hickel nickt auch. Im Saal ist Schweigen. Niemand unter den anwesenden Linken wünscht den politischen Zusammenbruch. Keiner von Ihnen freut sich über ein plötzliches Versagen einer Wirtschaftsordnung, die sie täglich kritisieren.

Denn mit Systemzusammenbrüchen ist es wie mit Autounfällen. Im Augenblick des Crashes sind alle Insassen gleich hilflos. Niemand kann mehr steuern. Streitigkeiten über die Route werden überflüssig. Noch eine Sekunde zuvor war die Fahrtrichtung die wichtigste Frage. Nach dem Unfall ist sie die unwichtigste. Dann kommt es allein auf die Retter an.

Als die Finanzwirtschaft vor dem Baum landete, hat die Demokratie sie gerettet. Die Demokratie kann dasselbe nicht für sich von der Finanzwirtschaft erwarten. Sie muss sich selber retten, bevor sie endgültig verunfallt. Dafür bleibt wenig Zeit.

Bisher in der Publikationsreihe Denkanstöße erschienen:

- #1** Wolfgang Neskovic: Der Sozialstaat und die Wirtschaftskrise
- #2** Birgit Mahnkopf: Leitbilder auf dem Weg aus der neoliberalen Sackgasse
- #3** Andrea Ypsilanti & Hermann Scheer: Der Weg aus der Systemkrise des Wirtschaftens
- #4** Marco Bülow: Die Lobby-Republik
- #5** Klaus-Dieter Stork: So wie es bleibt, ist es nicht
- #6** Katharina Weinberger: Ungezügelter De-Regulierung und die Finanzkrise in Europa
- #7** Hans Arold: Der Bildungs-Begriff in der neoliberalen Denkfalle
- #8** Matthi Bolte, Andreas Bovenschulte & Andreas Fisahn: Die große Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft und die EU
- #9** Werner Schieder: Perspektiven der Europäischen Währungsunion

Alle Denkanstöße stehen online kostenlos als Download zur Verfügung. Das Institut Solidarische Moderne freut sich über Ihre Spende zur Unterstützung der Denkanstöße und der Arbeit der Programmwerkstatt.

www.solidarische-moderne.de